

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 10 · 27. Juni 2002 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



**Inhalt**

## Schröder verunsichert Bauern

Der agrarpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Lutz Goepel (CDU), lehnt den jüngsten Verstoß aus Berlin gegen Agrarbeihilfen für die Beitrittskandidaten ohne Wenn und Aber ab. Bei allen berechtigten Bemühungen des Bundeskanzlers, die deutsche Nettobelastung senken zu wollen, sei dies jedoch der falsche Weg. „Schröder hatte bei der Festlegung der Agenda 2000 auf dem Berliner EU-Gipfel 1999 die Möglichkeit, eine Senkung des deutschen Nettobeitrags bei der Festlegung der mittelfristigen EU-Finanzplanung bis 2006 insgesamt zu erreichen“, betonte Goepel. *Siehe auch Seite 2 – 3*

H. Keppelhoff-Wiechert:  
Agrarreform  
Seite 2

Rolf Berend:  
EU-Strukturfond  
Seite 3

Kurz & bündig:  
Aus der EVP-ED-Fraktion  
Seite 5

Jürgen Schröder:  
Benesh-Dekrete  
Seite 7

HEDWIG KEPPELHOFF-WIECHERT:

## Gemeinsame Agrarpolitik muss vor der Osterweiterung weiterentwickelt werden

REFORM DER EU-LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK MIT AUGENMAß

**W**ie gelingt eine erfolgreiche Integration der neuen Mitgliedstaaten in die Gemeinsame Agrarpolitik?

Dies ist erstens eine Kernfrage für den Großteil der Kandidatenländer. Sie ist deshalb in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern so entscheidend, da die Landwirtschaft dort bezogen auf ihrem Anteil am Volkseinkommen eine höhere Bedeutung hat als im Durchschnitt der EU. Dies gilt ebenso bei der Beschäftigung innerhalb der Gesamtwirtschaft.

Zweitens ist dies ebenfalls eine Kernfrage in den jetzigen EU-Mitgliedstaaten. Denn durch den Beitritt von zehn Ländern in 2004 kommt es zu einer Ausweitung der Landwirtschaftsfläche um 29% und eine Zunahme der Landwirtschaftsbetriebe um 74%. Der Kreis der Verbraucher wird um 24% wachsen. Die bevorstehende Erweiterung der EU unterscheidet sich von den früheren vier Erweiterungen beträchtlich, insbesondere deshalb, da die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern noch nie so groß waren.



H. Kappelhoff-Wiechert MDEP

Wie können wir den Beitritt und die Integration auf lange Sicht am besten gestalten?

Anfang des Jahres hat die Kommission den Mitgliedsstaaten ein Verhandlungsmandat vorgelegt, dass die schrittweise Einführung der direkten Einkommensbeihilfen in den neuen Beitrittsländern vorsieht. Das Europäische

Parlament hat sich besonders in den Berichten Brok, Böge und Olsson mit der Thematik Landwirtschaft und Osterweiterung befasst und unterstützt den Vorschlag der Kommission, die Beihilfen stufenweise von anfangs 25% bis zu 100% im Jahr 2013 einzuführen. Eine völlige Angleichung wird bis zu diesem Zeitpunkt für die gesamten EU-Mitgliedsländer gelten. Die derzeitige Gemeinsame Agrarpolitik wurde in der Agenda 2000 bis zum Jahre 2006 festgeschrieben, diese wird selbstverständlich mit Hinblick auf die Erweiterung ab 2006 weiterentwickelt werden müssen. Die Kommission stellt dazu am 10. Juli 2002 ihre ersten Überlegungen im Midtermreview vor. Vor diesem Hintergrund müssen die 100% der Direktzahlungen im Jahre 2013 gerechnet werden.

Die stufenweise Einführung von Direktzahlungen in den neuen Mitgliedsstaaten sehen wir wie die Kommission im Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes als realistischen Verhandlungsansatz an. Durch einen großen Mittelzufluss von Anfang an zu den landwirtschaftlichen Betrieben laufen wir Gefahr, die vorhandenen Strukturen dort zu erhalten. Die Kommissionsvorschläge sind geeignet, die Einkommen der Bauern zu stabilisieren – ohne dabei das erforderliche Umstrukturierungstempo zu beeinträchtigen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird und muss in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern vorangehen. Das europäische Agrarmodell mit dem doppelten Auftrag für die Bauern – Produktion und Landschaftspflege – muss auch dort festgeschrieben werden. Die hohen Hygienestandards in der Produktion

und der Verarbeitung müssen vom ersten Tag des Beitritts gelten. Umweltbelange und alternative Arbeitsplätze im ländlichen Raum sind im Rahmen der „zweiten Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik zu finanzieren.

Die jetzigen Äußerungen der Bundesregierung können nur als kontraproduktiv eingestuft werden: Jeder Anschein einer Blockadehaltung Deutschlands setzt falsche Signale! Es trägt nicht zu konstruktiven Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern bei und führt auch nicht zu einer verständnisvolleren und wissensbasierten Akzeptanz bei den Bürgern.

*Hedwig Keppelhoff-Wiechert (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Berichterstatterin der EVP-ED-Fraktion zum Bericht Erweiterung und Landwirtschaft (A5-0200/2002).*

ROLF BEREND:

## Verwaltung der EU-Strukturfonds muss verbessert werden

ZÖGERLICHER MITTELFLUSS TROTZ KONZENTRATION UND PLANUNGSVEREINFACHUNG

Im Rahmen des zwölften Jahresberichts der EU-Kommission über die Strukturfonds 2000, den Kohäsionsfond und der strukturpolitischen Instrumente zur Vorbereitung auf den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder (MOE) zeigt sich erheblicher Ausschöpfungsverzug bei den Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen. Die Annahme der neuen Interventionsformen für den Strukturfonds-Planungszeitraum ist trotz der Verringerung der Ziele, der Kon-

zentration und der Vereinfachung der Planung wesentlich langsamer als vorgesehen und als wünschenswert vortreten gegangen. Die Kommission schiebt derzeit einen Betrag von 110,5 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln vor sich her, der bisher seitens der Mitgliedsländer nicht abgerufen wurde. Wichtige regionalpolitische Zielstellungen, wie die Verbesserung der Infrastruktur in den förderwürdigsten Ziel-1-Gebieten der Europäischen Union, die

Verringerung der Disparitäten zwischen armen und reichen Regionen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. bleiben somit auf der Strecke, weil bereits eingeplante Gelder nicht ausgegeben werden.

Die EU-Finanzminister freuen sich zwar über jeden nicht ausgegebenen Euro, da sie kurzfristig die Nettozahlungen der

EU-Mitgliedstaaten, insbesondere die Deutschlands, entlasten. Es handelt sich jedoch um eine „Sparsamkeit am falschen Platz“, da die EU-Gelder gerade in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit dringend gebraucht werden.

Die größten Rückstände mit 82 Milliarden Euro werden bei den Ausgaben für die Strukturfonds verzeichnet, welches ein Mehrfaches eines Jahresbudgets für diesen Posten darstellt. Die Strukturfonds machen jährlich rund ein Drittel des EU-Budgets aus. Einen Eigenanteil der Mittel müssen die Staaten aus den nationalen Haushalten in Form der Kofinanzierung beisteuern.

Selbst Ende 2000 und damit elf Jahre seit Inkrafttreten der Strukturfondsverordnungen sind noch 35 Programme aus der Zeit von 1989 und 73 operationelle Programme aus dem Zeitraum 1989 – 1993 offen. Die Gründe für die Schwierigkeiten sind gleichermaßen in den Mitgliedstaaten und bei der EU-Kommission zu suchen. Teilweise mangelt es an geeigneten Projekten, nicht selten hapert es an der notwendigen nationalen Mitfinanzierung. Aber auch erheblichen Verwaltungsengpässe sind



Rolf Berend MdEP

ein Grund, weshalb Mittel von den Mitgliedstaaten nicht abgerufen werden. Mehrfach hat die Kommission den Säumigen mit rigorosen Maßnahmen gedroht; jetzt soll eine Verfallsfrist der Mittel für nicht genutzte Struktur Gelder die Mitgliedstaaten zur Eile antreiben.

Dem Jahresbericht 2000 zu Folge wurde in

Bezug auf die neuen Gemeinschaftsinitiativen (LEADER, INTERREG, EQUAL und URBAN) keine einzige Intervention genehmigt, so dass die Ausführung des Haushaltsplanes in diesem Bereich 0 % beträgt.

Zu Recht hat daher der Rechnungshof festgestellt, dass die in der Agenda 2000 in Aussicht gestellte Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zumindest für das erste Jahr des Planungszeitraums 2000 bis 2006 keinerlei positive Folgen gezeigt haben. Es wird daher richtigerweise seitens der Abgeordneten gefordert, dass die Kommission künftig für einen rechtzeitigen Start in den neuen Planungszeitraum sorgen und auf einer frühzeitigen Vorarbeit durch die Mitgliedstaaten bestehen muss. Andererseits ist die Kommission gehalten, die Kontrolle der Ausführung der Programme zu verstärken und das Europäische Parlament über alle festgestellten Unregelmäßigkeiten rechtzeitig zu unterrichten.

*Rolf Berend (CDU Thüringen) ist Mitglied im Ausschuss für Regionalpolitik des Europäischen Parlaments.*

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Pauschale Zahlungen an Arafat verhindern Reformen

Als eine Kehrtwende haben heute die EVP-ED-Europaabgeordneten **Markus Ferber** und **Armin Laschet** bezeichnet, dass EU-Außenkommissar Chris Patten sich verpflichtet hat, eine bessere Rechenschaftspflicht über Mittelüberweisungen an die Palästinensische Autonomiebehörde sicherzustellen. Auch die Absicht, die bisher unbeschränkte Ausdehnung des Personals der Arafat-Behörde zu stoppen, sei ein positives Signal. Dennoch seien viele Fragen offen geblieben. „Auch mit eloquenter Rhetorik und Medienschelte lässt sich das politische Problem pauschaler Zahlungen ohne Zweckbindungen nicht verdrängen“, sagte der CDU-Außenpolitiker Laschet. Man werde weiter darauf drängen, Pauschalzahlungen in projektbezogene Zahlungen umzuwandeln.

### ■ Fahrplan für die Erweiterung muss eingehalten werden

Es sind nur noch sechs Monate bis zum Gipfel in Kopenhagen – dem Termin für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen –, und so debattierten die Mitglieder des Europäischen Parlamentes über das ehrgeizigste aller EU-Projekte, die Erweiterung der EU. Und die EVP-ED forderte die 15 Mitgliedstaaten und die Bewerberländer auf, die Verhandlungen zu beschleunigen und die Verzögerungen zu beenden, die der Rat der Europäischen Union durch

seine hartnäckige Position zu den Agrarsubventionen für die Beitrittskandidaten verursachen könnte.

Die EVP-ED-Fraktion betont schon seit langem die „politische Notwendigkeit“ einer Erweiterung, wie **Elmar Brok** es ausdrückte, und befürwortet die Aufnahme der Bewerberländer vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004.

Der Bericht von Brok, der vom Parlament mit überwältigender Mehrheit unterstützt wird, unterstreicht die historische Bedeutung und die Notwendigkeit der Erweiterung für die Völker in Europa. Die Erweiterung ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Vereinigung des gesamten europäischen Kontinents, und sie wird den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sichern, sagte er.

Brok wiederholte seinen Standpunkt, dass die Beitrittskriterien erfüllt werden müssen, und hob hervor, dass man auch weiterhin wachsam sein und die Behandlung von Minderheiten, Hinweise auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung in den Beitrittsländern sehr genau beobachten müsse. Weiterhin unterstrich er, dass „das Aufstellen neuer Bedingungen mit dem Ziel der Verzögerung des Beitritts entschieden abgelehnt werden muss“.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge werden 10 der 12 Beitrittskandidaten die Bedingungen für den Beitritt zur EU

in 2004 erfüllen. Der Bericht von Brok unterstützte den Aktionsplan der Kommission, mit dem die 10 Staaten in die Lage versetzt werden sollen, ein angemessenes Niveau der administrativen und justiziellen Funktionsfähigkeit zu erreichen, um das Gemeinschaftsrecht einzuführen und umzusetzen.

### ■ **Finanzielle Auswirkungen der EU-Erweiterung**

Die Erweiterung wird das kostspieligste politische Einzelprojekt sein, das die EU jemals in Angriff genommen hat.

In einem gesonderten Bericht, der jedoch untrennbar mit der breiter angelegten, allgemeineren Aussprache über die Erweiterung verbunden war, legte Reimer Böge seinen Vorschlag zu den finanziellen Folgen der Erweiterung vor.

Im Mittelpunkt stand die Überzeugung, dass die Vorteile des Beitritts von weitaus größerer Wichtigkeit sind als ausgeglichene Haushalte der Mitgliedstaaten.

**Reimer Böge** stimmte zu, dass die Vereinbarungen von Berlin zur Agenda 2000 und der gemeinsame Besitzstand erfüllt werden müssen, gleichzeitig unterstützte er aber auch die 100%-ige Einführung von Direktzuschüssen für die Agrarpolitik bis 2013. Gleichzeitig müsste die GAP nach 2006 reformiert werden, und die Strukturfonds müssten auf ähnliche Weise gestrafft werden.

### ■ **Ein funktionsfähiges Parlament auf dem „Center-Court“**

In der Juni-Sitzung des Parlaments wurde über zwei Berichte, die eine Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments vorschlugen, und einen Bericht von **Lord Inglewood** (UK) über die

Vorschriften für die Begründung von Änderungsanträgen diskutiert.

Zu den Vorschlägen gehörten die Einführung einer Möglichkeit für den Präsidenten, einen Bericht an den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen, wenn mehr als 50 Änderungsanträge eingereicht wurden, und Änderungsanträge, die von weniger als einem Fünftel der Ausschussmitglieder unterstützt werden, nicht zur Vollabstimmung im Plenum anzusetzen.

Die Änderungen sind notwendig, um das Ansehen des Parlaments als eine effiziente demokratische Institution zu wahren. Die Demokratie würde gefährdet, wenn Abstimmungsverfahren zu langwierig und zu einer ständigen Quelle der Verunsicherung für die Öffentlichkeit wie auch die Mitglieder werden.

In der Aussprache unterstützten die Sprecher nahezu einstimmig die Notwendigkeit einer Steigerung der Effizienz des Parlaments. Jedoch wurden einige Fragen gestellt, wie sich dies für Minderheitsgruppen und parteilose Mitglieder auswirken würde.

**Joachim Wuermeling** (D) vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen, der für die EVP-ED-Fraktion sprach, erklärte, dass es möglich sei, einen Weg zu finden, wie man auf aktuelle Ereignisse besser reagieren können, und er äußerte sich zu der Notwendigkeit, das Parlament müsse sich auf politische Prioritäten und die Vereinfachung der Gesetzgebungsverfahren konzentrieren. Nach Aussage von Wuermeling muss das Parlament zum „Center-Court“ für die Debatte werden. „Das ist unser Ziel, aber es reicht nicht, dies nur zu wollen, wir müssen auch unsere Verfahren anpassen“.

JÜRGEN SCHRÖDER:

## Diskussion um Benesh-Dekrete geht in die entscheidende Phase

TSCHECHIEN SETZT SCHNELLEN EU-BEITRITT AUF S SPIEL

**A**ls vom Auswärtigen Ausschuss gewählter Berichterstatter habe ich das Europäische Parlament über den jeweiligen Stand der Vorbereitungen der Tschechischen Republik auf ihrem Weg in die Europäische Union zu informieren.

Mein neuester Bericht ist als Teil eines Generalberichts unseres CDU-Kollegen Elmar Brok MdEP über den Gesamtstand der Beitrittsverhandlungen vom Plenum unseres Parlaments Mitte Juni in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen worden – wie auch meine beiden bisherigen Berichte der Jahre 2000 und 2001.

Die Verhandlungen über den Bericht waren härter als in den Jahren zuvor. Die Auseinandersetzung um die Präsidenten-Dekrete (bei uns auch als „Benesh-Dekrete“ bekannt) hat in den letzten Monaten eine sachliche Diskussion sehr erschwert, da nahezu alle anderen inhaltlichen Fragen ausgeklammert wurden. Provokationen aus der Ecke des österreichischen Rechtspopulismus beantwortete die tschechische Seite (z. B. Ministerpräsident Zeman und der Vorsitzende der konservativen ODS Klaus) mit ebenso unqualifizierten Äußerungen.



Jürgen Schröder MdEP

Es gilt allerdings zu berücksichtigen, dass die tschechische Politik in den letzten Wochen und Monaten vom Wahlkampf für die Parlamentswahlen geprägt war. Politiker nahezu aller tschechischen Parteien haben einen antideutschen und antieuropäischen Wahlkampf geführt. Auch der sozialdemokratische Wahlsieger

Vladimir Spidla hat im Wahlkampf mit Aussagen provoziert, indem er die Vertreibung der Sudetendeutschen als „Quelle des Friedens“ bezeichnete.

Dennoch ist damit zu rechnen, dass die voraussichtliche Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und der liberalen „Koalice“, einem Bündnis aus Christdemokraten und der Freiheitsunion, die Beziehungen zu Deutschland und zur Europäischen Union auf eine bessere Basis stellen kann und wird. Insbesondere die christdemokratischen und liberalen Politiker stehen einem pro-europäischen Denken und Handeln näher als andere tschechische Politiker.

Anlass zur Hoffnung gibt auch, dass der wahrscheinliche Regierungschef Spidla einer Koalition sowohl mit der ODS unter Parteichef Klaus als auch

mit den orthodoxen Kommunisten (KSCM) wiederholt vor und auch nach der Wahl eine klare Absage erteilt hat. Der 51-jährige Spidla hat mehrfach seinen Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland bekundet. Diese Denkweise kann nur positiv für Deutschland, die Europäische Union und natürlich auch die Tschechen selbst sein.

Ich habe in meinem neuen Parlamentsbericht bestätigen können, dass Tschechien gute Fortschritte in nahezu allen Bereichen gemacht hat. Die zukünftige tschechische Regierung wird allerdings nicht umhin kommen, das Problem der Fortwirkung der Präsidenten-Dekrete beherzt anzugehen und selbstverständlich auch zu lösen. Im meinem Bericht findet sich daher die unmissverständliche Formulierung: „Das Europäische Parlament ... erwartet von der Tschechischen Republik ... für den Fall, dass die gegenwärtige tschechische Rechtsordnung – z.B. auf Grund der Präsidenten-Dekrete – immer noch diskriminierende Formulierungen enthält, die dem gemeinschaftlichen Besitzstand widersprechen, diese spätestens zum Zeitpunkt des EU-Beitritts beseitigt sind.“

Dem im September zu erwartenden rechtlichen Gutachten der vom Europäischen Parlament beauftragten externen Gutachter wird eine große Bedeutung im weiteren Prozess zukommen.

Ich gehe davon aus, dass das Plenum des Parlaments eventuelle rechtliche Bedenken der Gutachter gegen die Präsidenten-Dekrete zum Anlass nehmen wird, die Frage des Beitritts mit der Beseitigung solcher Probleme zu verknüpfen. Ebenso gehe ich aber davon aus, dass die tschechische Seite im Falle eventueller rechtlicher Bedenken unverzüglich Abhilfe schaffen wird. Wenn die zukünftige tschechische Regierungskoalition wider Erwarten in der Frage der rechtlichen Fortwirkung der Präsidenten-Dekrete doch auf Konfrontationskurs gegen sollte, riskiert sie, dass Tschechien im Jahr 2004 vor verschlossenen EU-Türen steht. Leidtragende wären allein die Tschechen. Die Europäische Union wird auch ohne Tschechien funktionieren, während dieses Land ohne einen Beitritt zur Union mittel- und langfristig den politischen und wirtschaftlichen Anschluss verlieren würde.

Tschechien hat es jedoch in der Hand, in Kürze ein gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft zu werden.

*Jürgen Schröder (CDU Sachsen) ist Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 0 30-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 2226-802-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.